

Rückkehr in die Demokratie?

Die Rolle des Militärs in Thailands neuer Verfassung

Seit dem letzten Militärputsch in Thailand sind fast drei Jahre vergangen. Der National Council for Peace and Order (NCPO) regiert nun das Land, mit General Prayut Chan-o-cha als Premierminister. Wann die nächsten Parlamentswahlen stattfinden, steht immer noch in den Sternen, womöglich Ende 2017. Aus der Putsch-Hymne »คืนความสุขให้ประเทศไทย/Die Freude nach Thailand zurückbringen«, die General Prayut persönlich geschrieben haben soll, gilt weiterhin die Phrase: »ขอเวลาอีกไม่นาน/Wir bitten nur um ein kleines bisschen mehr Zeit«.

Thailand hat eine lange Geschichte von Verfassungswechseln und Militärputschen. Schon seit der Einführung der konstitutionellen Monarchie 1932 standen Verfassungen im Zentrum politischer Debatten. Auch bei Krisen inhaltlicher Art suchte man häufig eine Lösung in Veränderungen auf der Form- und Prozess-Ebene. Bei einer politischen Krise sollte ein Militärputsch das politische System »zurücksetzen«, so dass eine neue Verfassung die Krise lösen könne. Auf diese Weise hatte Thailand bereits 20 Verfassungen in nur 85 Jahren.

Das Referendum – Legitimationsproblem a priori

Der neue Verfassungsentwurf wurde im März 2016 fertig gestellt und dem thailändischen Volk im August 2016 zur Abstimmung gegeben. 61 Prozent wählten für und 39 Prozent gegen eine Annahme des neuen Verfassungsentwurfs. Interessant ist dabei auch die Betrachtung nach Provinzen, die altbekannte Konfliktlinien im Land wieder erkennen lässt (s. Abb 1).

Durch dieses Referendum sollte die neue Verfassung vor Kritik geschützt werden, schließlich sei das thailändische Volk befragt worden und habe sich für diese Verfassung entschieden. Es wurde jedoch keine echte Alternative zur Wahl gestellt – bei einer Ablehnung des Entwurfs hätte man weiterhin auf unbestimmte Zeit unter der Militärregierung gelebt. Außerdem fand das Referendum nicht unter Meinungs- und Pressefreiheit statt: Vor der Wahl war jede Kritik am Verfassungsentwurf verboten. Mitglieder aktivistischer Gruppen wie dem New Democracy Movement, die trotz des Verbots eine »Vote No/ไม่รับ« Kampagne vorantrieben, wurden inhaftiert. So zum Beispiel der Aktivist Panuwat Songsawatchai, auch Noe/เหนือ genannt, der am 10. Juli 2016 mit drei anderen Aktivisten und einem Journalisten der regierungskritischen Zeitung Prachatai festgenommen wurde, weil Flyer der »Vote No« Kampagne bei

ihnen gefunden wurden (s. Abb. 2). Sie wurden noch am selben Tag frei gelassen – gegen eine Kaution in Höhe von circa 3.000 Euro pro Person. Das ist nur einer von vielen Fällen, in denen das Militär versuchte, Kritiker des neuen Verfassungsentwurfs einzuschüchtern.

Was bedeutet der Inhalt der neuen Verfassung für Thailand?

An der Konstellation der politischen Organe und dem Wahlsystem konnte man stets den Zustand des politischen Systems Thailands erkennen, insbesondere an der Zusammensetzung des Senats. Deshalb

von
Sina Reisch

Die Autorin studiert Politik-, Südostasien- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Passau und ist im Vorstand des studentischen Vereins für Südostasienwissenschaften tätig, der die jährliche studentische Südostasienkonferenz organisiert. (facebook.com/suedostasi-enkonferenz)

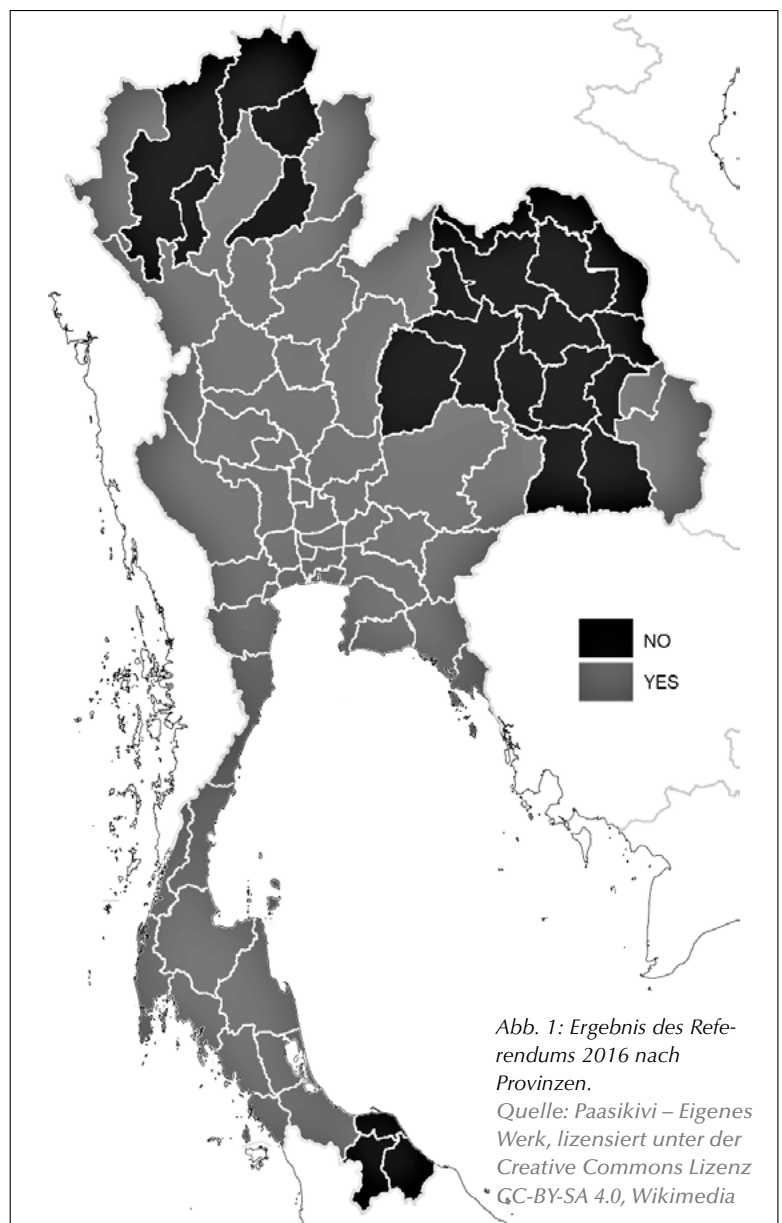




Abb. 2: Aktivist Panuwat Songsawat (Noe).
Foto: Noe

wollen wir uns im Folgenden ansehen was die 21. Verfassung Thailand bringt, der sogenannte Meechai Verfassungsentwurf (ร่างรัฐธรรมนูญมีชัย).

Militärische Mitbestimmung im Parlament - Der Senat

Das Referendum enthielt neben der Frage, ob der neue Verfassungsentwurf angenommen werden sollte, noch eine zweite, kompliziertere Frage: ›Soll die Premierministerwahl in den ersten fünf Jahren durch die gemeinsame Versammlung des Parlaments (ที่ประชุมร่วมกันของรัฐสภา) durchgeführt werden?‹ Dieser Vorschlag wurde ebenfalls angenommen, wenn auch mit kleinerer Mehrheit (58 Prozent). Dafür kann es zwei Gründe geben: Entweder war einigen die Bedeutung dieser Frage nicht klar, oder sie stimmten gerade deshalb dagegen, weil ihnen die Bedeutung sehr wohl klar war.

Thailand hat ein Zweikammersystem, das heißt das Parlament (รัฐสภา) teilt sich auf in den Senat (วุฒิสภา) und das Repräsentantenhaus (สภาผู้แทนราษฎร). In der Verfassung von 1997 wurde der Senat noch vollständig vom Volk gewählt, in der Verfassung von 2007 zumindest noch zur Hälfte. Außerdem war die Premierministerwahl alleinige Sache des Repräsentantenhauses. In diesen Systemen war es nach jeder Wahl seit 2001 die rote Partei,¹ die den oder die PremierministerIn stellte (s. Abb. 3).

Im Klartext wurde also durch die zweite Frage des Referendums entschieden, dass nun auch die Senatsmitglieder Stimmrecht bei der Premierministerwahl haben werden. Dieser Beschluss entfaltet seine Tragkraft jedoch erst, wenn man sich die Zusammensetzung des Senats genauer ansieht. Laut der neuen Verfassung soll es eine Übergangszeit von der Militärherrschaft in die Demokratie geben, in der alle Sitze des Senats vom NCPO ernannt werden, also von der Militärjunta (s. Abb. 3). Da der Übergangs-

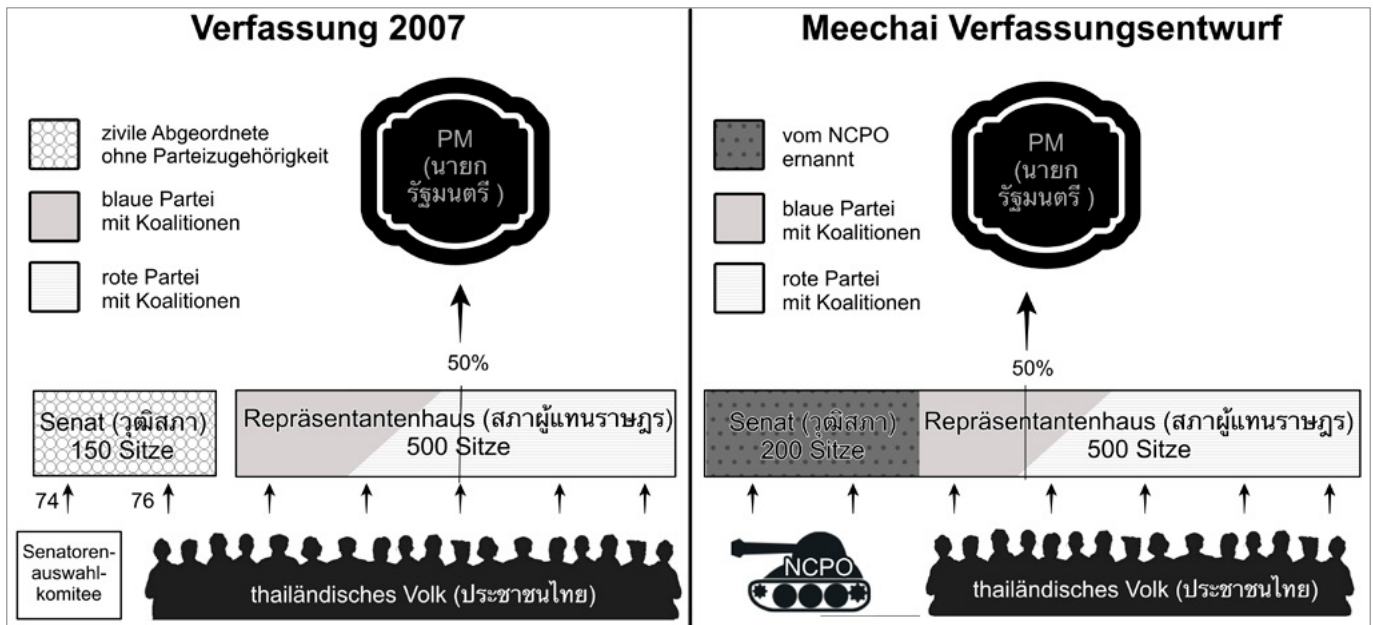
zeitraum auf fünf Jahre angesetzt ist, wird das mindestens zwei Legislaturperioden betreffen.² Nach den fünf Jahren Übergangszeit soll der Senat »seine Mitglieder unter sich selbst auswählen, unter Menschen, die das nötige Wissen, [...] oder gemeinsame Interessen besitzen/มาจากการเลือกกันเองของบุคคล ซึ่งมีความรู้ [...] หรือประโยชน์ร่วมกัน«. Wie genau entschieden werden soll, wer diese Kriterien erfüllt, und wie der Auswahlprozess genau ablaufen soll, wird nicht spezifiziert.

Einschränkung der Macht von Parteien - Das Wahlsystem

In der Verfassung von 2007 war das System dem deutschen sehr ähnlich: Die Erststimme ging an DirektkandidatInnen aus dem Wahlkreis, die Zweitstimme ging an eine landesweite Parteiliste. Das Repräsentantenhaus bestand aus 350 Wahlkreis-Abgeordneten und 150 Abgeordneten aus der Parteiliste. An dieser Aufteilung wird sich nichts ändern. Doch im neuen Wahlsystem gibt es nur noch eine Stimme, die gleichzeitig die Stimme für die Direktkandidatur und für die Verteilung der Sitze nach der Landesliste ist.

Dadurch ergeben sich unlösbare Dilemmasituationen für die Wählerschaft. Die für das Direktmandat präferierte Person kann oft einer anderen Partei angehören als die präferierte Landesliste – insbesondere weil in der Regel nur KandidatInnen der größeren Parteien eine Chance auf das Direktmandat haben und kleinere Parteien vor allem Mandate über die Landesliste erlangen. Dieses System kann also den Wählerwillen nicht optimal abbilden.

Außerdem werden große Parteien an Einfluss verlieren, da sich in dieser Dilemmasituation einige für die Wahl der kleineren Partei entscheiden werden. Es könnte sich zunächst positiv anhören, dass sich die thailändische Parteienlandschaft pluralisiert, jedoch



nicht vor dem Hintergrund, dass das thailändische Militär fast ein Drittel der Sitze im Parlament inne haben wird. Die Zersplitterung des Repräsentantenhauses wird die Überstimmung des Militärs noch schwieriger machen.

Hinzu kommen Legitimationsprobleme für die Abgeordneten der Parteiliste, die dieses System mit sich bringt. Ein Abgeordneter der Parteiliste legitimiert sein Amt nur indirekt über die Stimmen der Wahlkreis-Abgeordneten seiner Partei. Doch was geschieht mit deren Stimmen, wenn sie wegen Wahlvergehen oder Tod das Mandat verlieren? Werden sie auch für die Listen-Abgeordneten ungültig? Mandatsenthebungen wegen Wahlvergehen sind nicht selten in Thailand, also könnten diese eine relevante Anzahl an Stimmen betreffen. So könnten sich die Stimmenverhältnisse im Repräsentantenhaus schnell verändern, was das parlamentarische System ernsthaft schwächt.

Einschränkung der Macht der Regierung - Der Reformplan

Im letzten Kapitel der neuen Verfassung ist von »Nationalen Reformen« die Rede. Hier wird ein breites Spektrum an Problemen aufgelistet, die die neue Regierung durch Reformen lösen soll. Die Verfassung gibt jedoch nicht nur vor welche Probleme gelöst werden sollen, sondern auch wie: Durch den sogenannten nationalen Reformplan (National Reform Plan and Strategy) wird die Militärjunta der Regierung programmatische Vorgaben machen, so dass die neue Regierung nicht selbst über politische Inhalte entscheiden können wird.

Veränderung der Verfassung fast unmöglich

Jeder Änderung der Verfassung muss nicht nur die Hälfte des gesamten Parlaments zustimmen, sondern auch ein Drittel des Senats. Außerdem ist es eine Bedingung, dass jede kleinere Partei (das heißt jede Partei, die nicht Teil des Kabinetts ist) einer Verfassungsänderung mit mindestens 20 Prozent zustimmen muss. Somit können selbst die kleinsten Parteien eine Verfassungsänderung verhindern und werden so zu Vetospielern. Selbst nach Verabschiedung einer Änderung durch das Parlament gibt es noch einen weiteren Vetospieler: Das Verfassungsgericht entscheidet, ob die Änderung vorgenommen werden darf, oder nicht.³ Diese Bestimmungen machen eine Verfassungsänderung also fast unmöglich.

Einschränkung der Meinungsfreiheit und der akademischen Freiheit

Artikel 34 der neuen Verfassung besagt, die Meinungsfreiheit könne zum Beispiel begrenzt werden, um »die öffentliche Ordnung, sowie die gute Moral des Staatsvolkes zu erhalten, oder um die Gesundheit des Staatsvolkes (ประชาชน) zu schützen«. Die akademische Freiheit sei außerdem nur gegeben, wenn sie »der guten Moral des einfachen Thai Volkes (ปวงชนชาวไทย) nicht widerspricht, sowie die Meinung anderer Menschen respektiert und nicht behindert«. Unklar bleibt, wer darüber entscheidet, was der guten Moral des Volkes entspricht, ab wann die Meinung anderer Menschen behindert wird, und dergleichen mehr. Diese Formulierungen bieten also die Basis dafür, kritische AktivistInnen und AkademikerInnen mundtot zu machen, weil ihre Arbeit dem widerspricht, was die Regierung für die öffentliche Meinung hält.

Abb. 3: Die schräge Grenze zwischen der blauen und roten Koalition stellt dar, in welchem Bereich sich die Mehrheitsverhältnisse zwischen 2001 und 2011 bewegten. Illustration der Autorin

Königliche Änderungen - Legitimationsproblem a posteriori

Laut Übergangsverfassung hätte der König den neuen Verfassungsentwurf innerhalb von 90 Tagen unterschreiben müssen. Der neu gekrönte König Maha Vajiralongkorn teilte jedoch General Prayuth am 10. Januar 2017 mit, er werde die Verfassung in der jetzigen Form nicht unterschreiben. Vorher sollten Veränderungen vorgenommen werden.

Die gewünschten Veränderungen betreffen wohl Regelungen darüber, was geschehen muss, wenn der König das Land verlässt. Da König Maha Vajiralongkorn gern Zeit auf seinem Anwesen in Tutzing am Starnberger See verbringt, liegt die Vermutung nahe, dass er gern die Möglichkeit haben würde das Land ohne großen Aufwand zu verlassen. Es gab jedoch noch keine offiziellen Äußerungen darüber, welche Änderungen tatsächlich eingebracht werden, also könnten auch andere Teile der Verfassung betroffen sein. (Stand 11.2.2017)

Die momentan gültige Übergangsverfassung enthielt kein Recht des Königs, Änderungswünsche anzubringen. Um dem Wunsch des Königs dennoch nachkommen zu können, wurde am 13. Januar die Übergangsverfassung geändert, so dass diesem Vorgehen nachträglich eine formelle Grundlage gegeben wurde. Nach den königlichen Änderungen ist die Verfassung aber nicht mehr diejenige, die das thailändische Volk im Referendum bestätigt hat.

Resümee

Das Militär wird weiterhin ein starker politischer Akteur bleiben und sich alle Mühe geben, den Schein einer demokratischen Legitimation aufrecht zu erhalten. Die große Frage ist, ob durch diesen politischen Weg einer Art ›Guided Democracy‹ die Grundkonflikte im Land tatsächlich entschärft werden können, oder ob eher das Gegenteil bewirkt wird. Mit Sicherheit lässt sich über die neue Verfassung sagen, dass es lediglich der Versuch ist, die

internationale Staatengemeinschaft mit dem Schein einer Demokratie zufrieden zu stellen und die thailändischen Menschen auf eine bessere Zukunft zu verströten: »ขอเวลาอีกไม่นาน/Wir bitten nur um ein kleines bisschen mehr Zeit«.

Literatur:

- > Human Rights Watch (2016): Thailand: Activists, Journalist Arrested for Vote-No Campaign – Junta further restricts criticism of Draft Constitution
<https://www.hrw.org/news/2016/07/12/thailand-activists-journalist-arrested-vote-no-campaign>
- > Kritische Kommentierung des neuen Verfassungsentwurfs durch die thailändische Juristengruppe Nitirat (นิติราษฎร์):
<https://passauwatchingthailand.com/2016/04/10/stellungnahme-der-nitarat-gruppe-zum-fuers-referendum-bestimmten-verfassungsentwurf-teil-i/>
- > Momentan gültige Interimsverfassung:
https://www.constituteproject.org/constitution/Thailand_2014.pdf?lang=en
- > Der Meechai Verfassungsentwurf:
http://www.un.or.th/wp-content/uploads/2016/06/2016_Thailand-Draft-Constitution_EnglishTranslation_Full_Formatted_vFina....pdf

Anmerkungen

- 1 Die rote Partei wurde mehrmals verboten und neu gegründet. (1998–2006 »Thais lieben Thais/Thai Rak Thai/พรรคไทยรักไทย«, 2007–2008 »Partei der Volksmacht/Phak Phalang Prachachon/พรรคพลังประชาชน« 2008-heute »Partei für Thais/Pheu Thai Party/พรรคเพื่อไทย«)
- 2 Eine Legislaturperiode liegt bei vier Jahren, doch seit 1932 gab es nur einen Premierminister, der seinen Posten eine komplette Legislaturperiode lang behielt, ohne dass sie von einem Militärputsch, einem Urteil des Verfassungsgerichts oder seinem eigenen Rücktritt vorzeitig beendet wurde.
- 3 Hier ist zu bedenken, dass auch das Verfassungsgericht in Thailand ein hochpolitisches Organ ist und nicht mit dem relativ neutralen deutschen Verfassungsgericht verglichen werden kann.